

**Annonsen:**  
Annahme-Bureau:  
Fr. Pozen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wittenberg, 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Strisand,  
in Breslau bei Emil Habath.

**Annonsen:**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Panke & Co.—  
Hausenstein & Vogler,—  
Rudolph Moser.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Juwelendank.“

# Zösener Zeitung.

Neun und siebzigerster Jahrgang.

Nr. 8.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Zöschen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 5. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechzehntheilige Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr eingetragen.

1876.

## Amtliches.

Berlin, 4. Januar. Der Kaiser und König hat den biss. ständ. Gütersbeiter beim Reichs-Eisenbahnamte, Reg. Rath Wiebe, zum Geh. Reg. Rath und vortrag. Rath bei dieser Behörde ernannt.

Der König hat die biss. Divisions-Auditeure, Justizräthe Dr. Juncz der 16. Division und Wilzer der 1. Garde Inf. Division, sowie denstellvertretenden Corps-Auditeur des III. Armee-Corps, Justizräthe Solms zu Ober- und Corps-Auditeuren ernannt; und dem Hausesse-Kommiss-Amtsratmeister Carl Emil Hermann Otto Müller zu Rheinsberg den Charakter als Domänenrat verliehen.

Dem Ober- und Corps-Auditeur Dr. Juncz ist die Corps-Auditeurstelle beim II. Armee-Corps, dem Ober- und Corps-Auditeur Wilzer die Corp.-Auditeurstelle beim VIII. Armee-Corps und dem Ober- und Corps-Auditeur Solms die bisher von ihm kommiss. verwaltete Corps-Auditeurstelle beim III. Armee-Corps übertragen worden.

Dr. Reg. Rath. Mitglied der 1. Direktion der Oberherrschaft Eisenbahn, Max von Behren, ist in gleicher Eigenschaft zur 1. Eisenbahn-Direktion in Elberfeld versetzt und mit den Funktionen des Vorsitzenden der 1. Eisenbahn-Kommission (Bergisch-Märkische) in Kassel betraut worden. Die Reg.-Ass. Joseph Busch und Andreas Hellweg, Mitglieder der 1. Eisenbahn-Direktionen bzw. in Elberfeld und zu Frankfurt a. M. sind in gleicher Eigenschaft bzw. zur 1. Direktion der Oberherrschaft Eisenbahn und zur 1. Eisenbahn-Direktion in Saarbrücken versetzt, und ist Ersterer mit den Funktionen des administrativen Mitgliedes der 1. Eisenbahn-Kommission in Kassel betraut worden. Der Reg.-Ass. Dr. jur. Horaz Schulz ist zum Mitgliede der 1. Eisenbahn-Direktion in Elberfeld ernannt worden.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 4. Januar. Der unter der Bezeichnung Bülow I. bekannte älteste Rath des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Legations-Rath von Bülow, hat, nachdem er im vorigen Jahre sein Jubiläum gefeiert, jetzt seinen Abschied erbeten und am 1. Januar erhalten, unter Verleihung des Sternes zum Roten Adler-Orden II. Klasse. Es bleibt nunmehr außer dem Staatssekretär nur ein Rath dieses Namens im Ministerium, der bekannte Geh. Legationsrath Otto von Bülow, welcher, wie früher Abeken, den Kaiser als Vortragender über Auswärtige Angelegenheiten auf Reisen zu begleiten pflegt.

DRC. Der auf heute anberaumt gewesene Termin wider den Redakteur der „Deutschen Eisenbahnzeitung“, Joachim Gebßen, ist mittels Verfügung von gestern Abend ohne Angabe von Gründen aufgehoben. Wie es heißt, ist einer der Vorgeladenen erkrankt.

DRC. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, beschäftigt der gegenwärtige Landrat des dicht bei Berlin belegenen Kreises Teltow, Prinz-Hardenberg, aus der Verwaltungskarriere auszuscheiden, überhaupt den Staatsdienst aufzugeben. Prinz Hardenberg, neuerdings bemerkte ein vermögender Mann, soll die Absicht haben, sich in höherem Maße mit der Politik zu befassen und seiner Thätigkeit als Abgeordneter (er vertritt den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow im preuß. Abgeordnetenhaus) größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Die Lehrschmiede Königberg i. Pr. wird mit dem 1. Januar 1876 eröffnet. Von diesem Zeitpunkt an sind bis auf Weiteres bestellt: an der Lehrschmiede Berlin: das Garde-Corps, VII., VIII. und X. Armee-Corps, die 6 und 18. Division, sowie die Feldartillerie und der Train des III. und IX. Armee-Corps; an der Lehrschmiede Königberg: das I., II. und V. Armee-Corps, sowie die 17. Division; an der Lehrschmiede Breslau: das IV., VI. und IX. Armee-Corps, sowie die 5. Division, und an der Lehrschmiede Gottesau: das XIV. und XV. Armee-Corps.

Der diesmalige preußische Staatshaushaltsetat wird dem Bernehmen nach seinem Vorgänger namentlich in den ordentlichen Ausgaben ziemlich ähnlich erscheinen. Im Extraordinarium haben sich die einzelnen Verwaltungsbüros von vornherein einige Beschränkungen auferlegt und sich an den unabsehbaren Bedürfnissen genügen lassen. In dieser Beziehung soll dann aber auch eine weitere Verkürzung vom Finanzminister nicht gefordert werden. Am Meisten ist wiederum das Kultusministerium bedacht worden, welches für Lehrzwecke mancherlei Zugeständnisse gemacht worden sind. Man glaubt demgemäß auch, daß die Etatsberatungen im Abgeordnetenhaus sich diesmal auch nicht so umfangreich gestalten werden, wie in den letzten Jahren.

In der bevorstehenden Landtagssession soll wie die „Börs-Btg.“ schreibt dem Abgeordnetenhaus der Entwurf vorgelegt werden, welcher den Mitgliedern der Synagogengemeinden gestaltet, aus den letzteren austreten, ohne daß sie, wie sich dies seit dem Gesetz vom 14. Mai 1873 gestaltet hat, deshalb Deßidenten zu werden brauchten. Schon bei Beratung des letzterwähnten Gesetzes wollte das Haus der Abgeordneten aus eigener Bewegung hierüber Bestimmung treffen, kam aber davon ab, weil es sich ergab, daß eine solche Anordnung nicht nebenher zu erledigen wäre. Seit der Zeit hat das Haus der Abgeordneten wiederholt die Regierung zur Einbringung einer darüber sprechenden Gesetzesvorlage aufgefordert, die in Wahrung der Gewissensfreiheit jedem Israeliten das Ausscheiden aus der, zu mal erst seit dem Gesetz von 1874 bestehenden, mit Zwangsvollstreckung der Beiträge ausgerüsteten Synagogengemeinde möglich macht. Der Minister des Innern hat, obwohl Denkschriften und Eingaben von allen Parteien innerhalb des Juventums in Preußen massenhaft vorliegen, noch eine Sonderberatung auch darüber veranlaßt, wie die Ausscheidenden sich gegenüber den von der konstituierten Gemeinde eingegangenen Verbindlichkeiten zu verhalten haben. Thatsache ist es übrigens, daß in Preußen von 1812 bis 1847 ein solcher Beitrags- und Parochialzwang den Israelitengemeinden meistens unbekannt war, diese sich vielmehr, da die Mitglieder freiwillig steuerten, nicht schlechter befanden und selbst kleine Gemeinden das Erforderliche zu ihrer Erhaltung stets aufgebracht und beigetragen haben.

Von liberalen Abgeordneten wird die Frage ventilirt, ob es sich empfahlen würde, im Reichstag einen Antrag auf Herstellung der vollständigen Rechtsfreiheit sämlicher deutschen Einzel-Länder und Tage, analog dem vom Bundesrathe abgelehnten Antrage der Abgeordneten Zweifel, Lasker u. Gen., einzubringen. Es dürfte deshalb von großem Interesse sein, Umschau zu halten, wie es in den einzelnen deutschen Staaten mit der parlamentarischen Rechtsfreiheit steht. Die „Börs. Btg.“ giebt folgende Übersicht:

In Preußen können nach Artikel 84 der Verfassung die Mitglieder der Kammer für ihre in denselben ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäftsvorordnung zur Freieschaft gegangen werden. Nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 29. Januar 1866 können jedoch in der Kammer ausgesprochene Vereinigungstrafrechte verfolgt werden. Bayern schließt sich ganz der preußischen Verfassung an. Nach der württembergischen Verfassung kann Niemand wegen seiner in der Ständeversammlung gehaltenen Vorträge zur Verantwortung gezwungen werden, jedoch sind Beleidigungen oder Verleumdungen der Regierung, der Stände-Versammlung oder einzelner Personen der Verfassung nach den bestehenden Gesetzen unterworfen. In der Verfassung des Großherzogthums Hessen vom 17. Dezember 1820 heißt es: „Die Stände sind für den Inhalt ihrer freien Abstimmung nicht verantwortlich, dagegen schlägt das Recht der freien Meinungsdägung nicht gegen den Vorwurf der Verleumdung, welche Einzelne in dieser Äußerung etwa fließen sollten. Den Einzelnen bleibt in solchen Fällen das Klagerrecht, welches ihnen gegen Verleumdungen nach den Gesetzen zusteht.“ Im Königreich Sachsen haben sich nach Art. 83 der Verfassung die Mitglieder der Kammer bei ihren Diskussionen aller Persönlichkeiten, aller unanständigen und beleidigenden Ausdrücke zu enthalten, widrigfalls sie der Präsident zur Ordnung verweise und im Weigerungsfalle ihnen selbst die fernere Wortschärfung untersagen kann. Wenn die geistige Auflösung ein besonderes Verbrechen oder eine persönliche Beleidigung in sich begründet, so kann das fränkische Mitglied der Kammer deshalb noch vor seinem ordentlichen Richter belangt werden. Das Staatsgrundgesetz für Oldenburg vom 22. September 1852 enthält in Art. 31 ähnliche Bestimmungen. Die Landschafts-Ordnung für Braunschweig vom 12. Oktober 1832 sagt: „Die Mitglieder der Landschaft haben bei ihren Beratungen das Recht, ihre Meinung frei zu äußern und können wegen Verleumdungen der Geschäftsvorordnung, welche weder ein besonderes Verbrechen, noch eine persönliche Beleidigung enthalten, nur vor der Ständeversammlung selbst zur Verantwortung gezwungen werden.“ Im Großherzogthum Sachsen ist jede Beruhigungspflicht der höchsten Person des Landesfürsten, Beleidigungen der Regierung, des Landtags, oder Einzelner verboden und nach den Gesetzen strafbar. Sachsen-Meiningen hat die absolute Rechtsfreiheit der Mitglieder der Volksvertretung. Im Staatsgrundgesetz für die Herzogthümer Coburg und Gotha heißt es: „Kein Abgeordneter darf wegen der in Ausübung seines Berufs gehaltenen Äußerungen außerhalb des Landtags zur Verantwortung gezwungen werden. Wegen eines durch solche Äußerungen etwa begrenzten Verbrechens oder Vergehens kann der Landtag seine Missbilligung förmlich aussprechen, auch den Fall auf Antrag der Beleidigten zur strafrechtlichen Erledigung an das Gericht verweisen. In Anhalt und Meissen darf nach dem Staatsgrundgesetz kein Abgeordneter wegen der bei Ausübung seines Berufs gehaltenen Äußerungen persönlich verfolgt werden, wenn nicht der Fall unter den Gesichtspunkt einer Injektion, Verleumdung oder eines in den Gesetzen mit Strafe bedrohten Vergehens fällt.“ Im Verfassungsgrundgesetz für Schwarzburg-Sondershausen vom 12. Dezember 1849 und in der Verfassung für Waldeck vom 17. August 1852 finden sich ähnliche Bestimmungen. Die Verfassungen der übrigen Bundesstaaten enthalten überhaupt derartige Vorschriften nicht.

Aus Anlaß der in den letzten Jahren am Seestrande durch den Sturm angerichteten großen Verwüstungen scheint die preußische Staatsregierung jetzt der allgemein anerkannten Notwendigkeit eines wirklichen Schutzes gegen das Meer Rechnung tragen zu wollen. Wie die „Börs. Btg.“ hört, befindet sich wenigstens ein in den Motiven zum Waldschutzgesetzvorschlag angedeutetes Gesetz über das Dünenwesen zum Schutze der Ostsee und Nordseeküsten in den Städten der Vorarbeit. Sachkennner fordern mit Recht, daß die Regierung nicht allein die ausschließliche Verwaltung der Sandbänke, Wellen und Dünens in die Hand nehme, sondern auch strengere Maßregeln zum Schutze derselben treffe. Eine allgemeine planmäßige Inangriffnahme der Dünens-Regulirung würde zwar viele Mittel erfordern, aber von unberechenbarem, von Jahr zu Jahr sich steigerndem Vortheil sein. In dieser Beziehung ist bisher wenig oder gar nichts geschehen. Der vorjährige e. preuß. Staatshaushaltsetat hat nur unbedeutende Summen für das Dünenwesen und zur Herstellung von Steindeichen an der Insel Nordstrand, sowie für Schutzbauten an der Insel Sylt aufzuweisen. Will man verhindern, daß ganze Landstrecken und Gebäude weggeschwemmt werden, so muß man darauf bedacht sein, die vorhandenen Dünens nach Kräften zu schützen und zu erhalten, und zwar durch strengstes Verbot der mutwilligen Zerstörung derselben, durch Verbindung der getrennten Dünens, durch Doffirung und das sogenannte Dämpfen derselben. Wenn auch die erste und hauptsächlichste Bestimmung der Dünens die ist, als Wollwerk gegen die Gewalt des Wassers zu dienen, so sind doch ihre ausgedehnten Flächen auch für die Agrultur zu verwerthen. Wie die Erfolge auf den Inseln Romö, Janö und Amrum zeigen, ist die gedämpfte, mit Humus bedeckte Dünne sehr kultursfähig.

Wir haben erst kürzlich eine am 16. v. M. ergangene Verfügung der lgl. Regierung von Schleswig zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personestandes und die Eheschließung mitgetheilt, worin den Standesbeamten Weisungen erteilt werden, welche sich mit dem Sinne und Geiste des Gesetzes nicht vertragen, indem sie die bürgerlichen Beamten zu Helfern der Kirche machen. Diese Weisung scheint jedoch nicht vereinzelt zu sein, vielmehr auf einer höheren Eingebung zu beruhen, da nunmehr auch ein an die Standesbeamten gerichteter, vom 15. v. M. datirter Befehlserlass des Oberpräsidenten von Schlesien vorliegt, womit s heißt:

Wenn der § 82 (des Reichsgesetzes) schließlich ausdrücklich die Bestimmung enthält, daß die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Taufe und Trauung durch dieses Gesetz nicht berührt werden, so soll dieselbe eine Richtigkeit nur für das Verhältnis der Staatsbeamte bilde, indem sie den Missverständnissen entgegentritt, als beabsichtige die Staatsregierung mit diesem Gesetze eine Entfernung gegen die Kirche herbeizuführen und insbesondere die Verpflichtung zur Taufe und kirchlichen Trauung zu altherreisen.

Die Standesbeamten auch in den Landbezirken sollen von den Kreisausschüssen hierauf mit „entsprechender weiterer Anweisung“ versehen werden. Der Reichstag wird nun die Sache doch zur Erörterung bringen müssen. Bei der in Rede stehenden, lediglich für preußische Behörden bestimmten Anordnung ist übersehen, daß das preußische Gesetz vom 9. März 1874 den Taufzwang aufgehoben und das Reichsgesetz ihn nicht wieder eingeführt hat.

DRC. Wie wir hören, werden die von dem kürzlich verstorbenen Landstabsrat Dr. Robertius nachgelassenen Schriften in nicht zu ferner Zeit veröffentlicht werden. Unter denselben ist namentlich bemerkenswert eine Arbeit, welche als Seitenstück zu der Marx'schen Schrift „Über das Kapital“ angesehen werden kann. Außerdem befinden sich in dem literarischen Nachlaß des Dr. Robertius noch eine Anzahl philologischer Schriften, auf welchem Gebiete der Verstorbene bekanntlich eine hervorragende Stellung einnahm.

Eine Kabinets-Ordre vom 14. Dezember 1875 bestimmt, daß das Seesoffizier-Corps in seiner etatismäßigen Gesamtzahl in den Admiralstab, das Seesoffizier-Corps und den Marinestab gehalten werde. Der Admiralstab soll in der Regel bestehen aus 3 Kapitäns zur See, 9 Korvetten-Kapitäns und 8 Kapitän-Lieutenants; der Marinestab aus 2 Kapitäns zur See, 7 Korvetten-Kapitäns, 10 Kapitän-Lieutenants und 4 Lieutenants zur See. Die anderen hierauf verbleibenden Seesoffiziere in der Zahl des Staats bilden das Seesoffizier-Corps. Der Admiralstab soll diejenigen Offiziere enthalten, welche durch hervorragende Bildung und Leistungen sich ausgezeichnet haben und welche in denjenigen Stellen Verwendung finden, in denen für die Organisation der Marine, die Ausbildung der Streitkräfte und die Verwendung derselben vornehmlich gewirkt wird. Die Offiziere des Seesoffizier-Corps sollen in dem praktischen Dienste ihre Verwendung finden und die des Marinestabes in Folge bevorerer technischer Begabung den vielseitigen Spezialitäten des Marinendienstes dauernd zugewiesen werden. Das Abwangement soll in den genannten drei Theilen des Seesoffizier-Corps unabhängig von einander geschehen und nach den bestehenden Bestimmungen über die in den Chargen zu erlangende Seefahrt-Befähigung für die einzelnen Chargen erfüllt find. Als Uniforms-Abzeichen für die Offiziere des Admiralslabes und des Seesoffizier-Corps erfolgen, während bei den Offizieren des Marinestabes das Abwangement unter Absehung von der Seefahrt-Befähigung und hervorragenden Leistungen in der Spezialität abhängig zu machen ist. Die Rückversetzung der Offiziere des Marinestabes in das Seesoffizier-Corps ist jedoch nur dann zulässig, wenn die Seefahrt-Befähigungen für die einzelnen Chargen erfüllt sind. Als Uniforms-Abzeichen für die Offiziere des Admiralslabes ist eine goldene Rose an Stelle des Sterns der Seesoffiziere angeordnet. Der Chef der Admiralität hat dem Kaiser alle diejenigen Offiziere zur Versetzung in den Admiralsstab bis zum Kapitän-Lieutenant abwärts und in den Marinestab bis zum Lieutenant zur See abwärts in Vorschlag zu bringen, welche er als dazu geeignet bezeichnen kann.

Nach den amtlichen Mitteilungen des „Justizministerialblattes“ sind im Jahre 1875 im Umfange der Monarchie mit Auschluß der Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln, des Appellationsgerichtes zu Celle und der Stadt Frankfurt a. Main 187 Referendarien zu Assessoren ernannt worden. Dagegen wurden 195 Assessoren in der Justizverwaltung angestellt und 29 traten zu anderen Lebensstellungen über. Mindest überstieg der Verbrauch der Gerichtsassessoren den Zugang um 37. An etatismäßigen Richterstellen bei den Gerichten erster Instanz (Kreisrichter, Kreisgerichtsräte, Stadtrichter, Stadtgerichtsräte, Amtsrichter und Oberamtsrichter) führt das „Jahrbuch für preußische Gerichtsverfassung pro 1874“ (ein neueres ist noch nicht erschienen) 2889 auf. Von denselben wurde die verhältnismäßig geringe Zahl von 55 befördert, wobei selbstredend die Ernennungen zu Kreis- und Stadtrichterstellen und zu Oberamtsrichtern nicht mit zählt sind, 45 Richter erster Instanz starben im Laufe des Jahres 1875, 41 wurden pensionirt und 42 traten zu anderen Lebensstellungen über. An Direktoren waren bei den Gerichten erster Instanz 258 vorhanden. Von denselben sind 2 befördert worden (die Ernennungen von Direktoren zu Appellationsgerichtsräten sind nicht mitgezählt worden, weil sie eine Rang- und Gehaltsverhöhung nicht bedingen), 8 starben und 5 sind pensionirt worden. An etatismäßigen Richterstellen waren bei den Gerichten zweiter Instanz mit Auschluß der Präsidienten und Appellationsgerichtsdirektoren 309 vorhanden. Von den Richtern zweiter Instanz wurden 6 befördert (zu Obertribunalsräthen oder Präsidienten), 12 starben, 9 wurden pensionirt und 2 traten zu anderen Lebensstellungen über. Staatsanwälte waren 192 vorhanden. Von denselben wurden 4 befördert (zu Oberstaatsanwälten, Appellationsgerichtsräthen oder Direktoren), 3 starben, 1 wurde pensionirt und 4 traten zu anderen Räthen über. Zu Richterstellen wurden nur 16 Justizbeamte ernannt, während die Gesamtzahl der Richtsanwälte sich um 73 verminderte, so daß der Zugang um 57 überstieg. 9 Richtsanwältsstellen sind gänzlich eingezogen worden.

Der „Staats-Anz.“ Nr. 2 publiziert das Privilegium wegen Kreirung einer dritten Emision auf jeden Jubiläer lautender Stadtobligationen für die Stadt Spandau, Regierungsbetriebs Potsdam, zum Betrage von 750,000 Reichsmark. Vom 8. Dezember 1875.

Aus Westpreußen, 31. Dezember. Dem soeben erschienenen Directorium divini officii zufolge zählt die Diözese Kulm in 26 Dekanaten 243 Pfarrsprengel und hat einen reichlich ausreichenden Seelsorge-Klerus, indem an den meisten Landpfarrkirchen 2, an den Stadtpfarrkirchen 3 bis 4 Geistliche ange stellt sind. Der Bischof der Diözese ist 1795 geboren, seit 1830 Priester und 1857 Bischof. Der Weihbischof und Dompropst von Kulm, Bischof, ist seit 1832 Priester und seit 1856 Weihbischof von Kulm. Das Domkapitel Kulm besteht aus 1 Prälaten, 9 wirklichen und 4 Ehrendomherren. Die Zahl der Diözesangehörigen beträgt 410 „Gesetzte“ Geistliche haben wir 32. Im Diözesan-Klerikal-Seminar zu Pölitz befinden sich in 4 Kurzen 22 Alumnen. Gestorben sind im Laufe des Jahres 14 Priester. Die Seelenzahl der Katholikenangehörigen beträgt 564,239. Barmherzige Schwestern zählt die Diözese 101. (Erm. Btg.)

Wien, 2. Januar. Von der sozialistischen Arbeiterpartei und dem Stand der Arbeiterbewegung in

Deutschland gibt die hiesige „Polit. Korrespondenz“ folgendes Bild:

Nicht überflüssig dürfte es sein, die Bemerkung vorauszuschicken, daß die Erfahrung in dieser Partei eigentlich gar nicht mehr geblieben ist, von derselben als einer Partei zu sprechen, mit welcher zu rechnen wäre. Tatsächlich hat sie fast zu existieren aufgehört. Der erste Stoß, den die Organisation der Arbeiterpartei in Wien erlitten, datirt von dem Zeitpunkte der Sisirung der vor mehreren Jahren hier sehr en vogue gewesenen Distanzmaile der „Arbeiterkonne“<sup>1</sup>. Seit dem Berfall verloren in ihrer Bedeutung übertriebenen und überschätzten „Internationale“ ist der ganze, obnein schon früher auf schwachen Füßen gestandene Bau der österreichischen Arbeiterpartei-Organisation vollends morsch geworden. Der noch lebende Ehrgeiz einiger Führer dieser Partei, sowie die Sicht einzelner derselben, auf Kosten der großen, um beschädigten Tagesschau sich abmühenden Masse, eine wohlfeile und heimliche Existenz zu finden, hat vor ungefähr zwei Jahren zu einer Seession geführt. Ein Theil der Dissidenten, zwar noch dem sozialistischen Prinzip huldigend, nannte sich die „gemäßigte“ Partei. Sie beraten den Petitionsweg und erwarteten von der Regierung Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lage. Der andere Theil, sich als „radikale“, unter der Führung des Hippolyt Tauchinsky seit dem neubürtigen Konzress geriert, verhorreserte bis vor wenigen Wochen jede partielle staatliche Hilfe und verlangte nichts weniger als die stille Durchführung des eisenacher Programms. Nach dem Inzidentfall mit der Hohenwarter Brieftauffahrt bei dem grauer Hochverratshoheprozeß bat die Partei eine neue Spaltung erfahren. Eine Fraktion der wiener Genossen hat in vertraulicher Sitzung den Beschluß gefaßt, das Vorzeichen des Tauchinsky und einer Genossen in dem Parteivoron „Gleichheit“ als Verbrechen zu stampfen und ihnen unverzüglich den Ausschlag aus der Partei zu verfügen. Eine zweite Fraktion hingegen — die Wiener Neustädter und mit ihr das Redaktions-Komitee des Blattes „Gleichheit“, sprach sich vorläufig für eine gemäßigte Erklärung aus und beabsichtigte einzukreischt Schriften erst nach erfolgter Freilassung und persönlicher Rechtsfertigung der jetzt in Haft befindlichen Angeklagten einzuleiten. Diese Fraktion ist auch mit ihrer diesbezüglichen Ansicht durchgerungen. Selbst aber auch diese gemäßigte Erklärung veranlaßte wohlbare Stürme in den Vereinen in den Provinzen. Die Arbeitervereine in Steiermark, Mähren und Schlesien — Anhänger Tauchinsky's — erklärten in Zuschriften an die Parteileitung ihren eventuellen Austritt, falls gegen die „Grazer“ überhaupt vorgegangen würde. Zum Zwecke einer Vermittelung fanden sich vor wenigen Tagen die Vorsitzenden der einzelnen hiesigen Gewerkschaften zu einer privaten Beratung zusammen welche jedoch ein ganz negatives Resultat lieferne. Individuen, welche um die Führerschaft stritten, warfen sich Inviktiven an den Kopf, beschuldigten sich gegenseitig des Vertrags und gelangten schließlich zu einer allseitigen und gegenseitigen Vertrauensstörung. Das Redaktions-Komitee drohte, die Herausgabe des Blattes „Gleichheit“ einzustellen und, nachdem die Mitgliedertreue bis zu handgreiflichen Ausschreitungen sich bezeugten, kündigten mehrere Gewerkschaften ihren Austritt aus der Partei an.

Wien, 1. Januar. Der fast „zu Tode gehetzte“ Schmerling-Artikel der „Provinz-Korresp.“ läßt die Presse immer noch nicht zur Ruhe kommen. Die hiesige „Deutsche Sta.“ schreibt:

Die „Provinz-Korr.“ ist der üblichen Seite gefolgt, eine große Ungefährlichkeit durch eine noch größere Weitmachen zu wollen: sie sucht ihre ungerechtfertigten Angriffe gegen Schmerling durch Aussfälle gegen die österreichische Presse zu entkräften. Die einmütige Zurückweisung, welche ihrer anmaßenden Einmischung durch die gesammte unabhängige österreichische Presse zu Theil geworden ist, soll, nach ihrer Behauptung, ein Nachhall der virtuosen Beeinflussung sein, welche Schmerling auf die Journalistik geübt habe. Nur ist wohl Ledermann, mit Ausnahme der „Prov.-Korr.“, belant, wie liebenswürdig die wiener Presse unter dem Ministerium Schmerling behandelt worden ist; außerdem hat der einzige Verkaufsminister beim „Koncordia“-Bankett selbst dargethan, daß ihm die Presse das Schicksal des heiligen Sebastian zugebracht hätte, und die meisten jetzt bestehenden wiener Blätter sind erst nach Schmerlings Rücktritt entstanden. Anschließend des Beweises der Unwissenheit über österreichische Preschverhältnisse darf man wohl die „umfassenden Informationen“, auf welche die „Prov.-Korr.“ hinweist, in das Gebiet der offiziösen Lügen versetzen; sie sind Erfindungen, gemacht, damit ihr Autor, der nichts Interessantes zu melden weiß, doch sein Brot nicht ganz umsonst verdiente und sich einen Anschein von Wichtigkeit gebe.

Anders klingt, was das „B. Tagbl.“ aus kompetenter Quelle erfahren haben will, daß der vielbesprochene Artikel direkt vom Grafen Andrássy inspirirt worden sei. Das genannte Blatt schreibt:

Wie man sich in Kreisen, die mit der hiesigen österreichischen Botschaftsleitung haben, erzählt, hat der Kaiser Franz Josef, nachdem er den von Herrn v. Schmerling beim Festessen in der Concordia ausgetragten Toast gelesen, seiner nächsten Umgebung gegenüber geäußert, daß Herr v. Schmerling diesen Trinkspruch wohl hätte unterlassen können. Es ist auch kein bloßer Zufall, daß die österreichischen Minister Unger und Glater, die mit einer Einladung zur Concordia beehrt worden waren, dem Komitee einen Abfahrtbrief mit der Entschuldigung geschrieben hatten, daß sie am Abend des Banketts einem wichtigen Ministerrate beizuhören hätten. Der österreichische Justiz- und Sprecherminister wußten, daß sie dort mit Herrn v. Schmerling zusammenstehen würden, und um jedem unlieb amen Zusammenstoß aus dem Wege zu geben, wogen sie es lieber vor, dabeim zu bleiben. Auch die österreichischen Journals scheinen jetzt die Nachricht, daß der Artikel der „Provinz-Korresp.“ durch den Grafen Andrássy beeinflußt sei, vollaus zu bestätigen.

Lemberg, 1. Januar. Dem Lemberger unirten Erzbischof Sembratowicz soll dem Vernehmen nach der Kardinalspurpur aus Anlaß seines Verhaltens zu Theil werden, daß er bei Gelegenheit des Einfriedt der Unirten zur griechischen Kirche an den Tag legte. Die unirten Geistlichen und Alumnen der hiesigen Diözese hatten aus denselben Gründen eine lohne Adresse an den Papst gerichtet. Die Initiative dazu wird dem Erzbischofe zugeschrieben.

Paris, 2. Januar. Die von der „Times“ an die französische Regierung gerichtete Aufforderung, ihre Ansicht in der orientalischen Frage nachdrücklich hinzugeben und sobald wieder zu einer eigenen selbstbewußten auswärtigen Politik zu gelangen, macht hier zwar sehr großes Aufsehen, findet aber in politischen Kreisen ein schwaches Echo. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist der „Times“ für die kundgegebenen Gesinnungen dankbar, glaubt aber, daß Enthaltung und vollständige Reserve noch durch viele Jahre die politische Richtschnur Frankreichs bilden müssen. Die Ereignisse im Orient weniger als alles Andere die Sammlungen Frankreichs unterbrechen. Im Anschluß an diese Ansicht maßgebender Kreise sagen auch die „Debats“, daß es eine große Illusion Englands wäre, wenn es dachte, daß Frankreich mit demselben gemeinsame Sache machen und Partei gegen die drei Kaiserhäuser ergreifen würde. Wenn Frankreich anfängt, seine Kräfte wieder zu führen, um eine auswärtige Politik zu haben, so ist das erste Gesetz dieser Politik: absolute Reserve in Bezug auf Angelegenheiten Anderer und ausschließliches Beibehalten um seine Interessen. Man hat ihm in dieser Beziehung ein Beispiel gegeben, von welchem es hoffentlich Nutzen zu ziehen wissen wird. — In dem vollständigen Verzicht der Prinzen von Orleans auf jede weitere Beteiligung an dem parlementarischen Leben Frankreichs erblickt man in den politischen Kreisen vielfach den ersten Schritt zur Auflösung einer selbständigen, ein-

eigenes Programm vertretenden orleanistischen Partei. Ein Theil derselben, so sagt man, wird der royalistischen Fahne treu bleiben und zur gemäßigt legitimistischen Rechten übergehen, der andere wird sich den konserватiven Republikanern anschließen; die hervorragendsten Führer des rechten Zentrums aber dürften das Beispiel der Prinzen befolgen und sich zunächst, d. h. bis zum Wiedereintritt einer günstigeren Konjunktur, ganz vom politischen Schauplatz zurückziehen. Ob diese Vermuthungen sich durchweg bestätigen werden, erscheint allerdings fraglich, dagegen scheint es zweifellos, daß man selbst in gut orleanistischen Kreisen das Spiel zunächst für aussichtslos hält und, im Vertrauen auf die Zukunft, den Dingen ihrem Lauf lassen will. — Eine Anzahl von Generälen, Matrosen und Fabrikanten des Vogesen-Departements haben eine Erklärung veröffentlicht, in welcher sie den Minister Buffet und die Generalräthe Grandjean und Mongot als Senatskandidaten des Departements aufstellen. Es heißt in dieser Erklärung: Die Unterzeichneten betrachten die genannten Herren wegen ihrer konserватiven und wahrhaft liberalen Gesinnungen und wegen ihrer geleisteten beträchtlichen Dienste des höchsten öffentlichen Vertrauens wert. Mit solcher Wahl sind die Unterzeichneten, sicher, das patriotische Ziel zu erreichen, welches sie erstreben: eine feste und lohne Stütze für den Marshall-Präsidenten der Republik und die aufrichtige Ausübung der Verfaßung. Nach dem „Soleil“ hätte Buffet die Kandidatur angenommen. — Die „Liberté“ versichert, daß amerikanische Gesandte habe an Herrn Decazes, nachdem er ihm eine Note in Bezug auf Kuba vorgelesen, erklärt, nach seinen Instruktionen haben die Vereinigten Staaten nicht die mindeste Absicht, die Antillen zu annektieren und glauben sich auch nicht berechtigt, von Spanien eine autonome Regierung für Kuba zu verlangen, so sehr sie auch eine solche Konzeption wünschen.

Paris, 2. Januar. Das schönste Neujahrsgeschenk, meint ein pariser Blatt, ist die Auflösung der Nationalversammlung. Aber diese ist nur dann etwas wert, wenn sie zu besseren politischen Verhältnissen führt, und dazu ist noch wenig Aussicht, auch wenn die Nation eine republikanische Majorität nach Versailles schicke. Würde Mac Mahon der Verfaßung dann endlich die Ehre geben, die ihr gebührt? Im anderen Falle brach ein bedenkliches Konfliktjahr an, an dessen unvorherzusehende Verwicklungen jetzt zwar noch die Wenigsten denken. Der Ep. Skopat und der Jesuitenorden will herrschen und ist darum zu Allem fähig, was das Heil der Kirche fördern kann. — Am Vorabend vor den allgemeinen Wahlen hat die Unterrichtsfrau eine besondere Wichtigkeit, und es gehen Dinge vor, die ans Tageslicht zu ziehen Pflicht der Presse ist, wie „Bien Public“ heute äußert. „Wie es sich jetzt herausstellt“, fährt „Bien Public“ fort, „scheinen die „freien“ Universitäten ganz und gar den Händen des Jesuitenordens überliefern, um nicht zu sagen, die Waffe der Jesuiten werden zu sollen. Die pariser Universität begnügt sich nicht damit, eine Rechtsfakultät und eine philologische Fakultät zu bestehen; sie eröffnet morgen eine Fakultät der Wissenschaften. Auch die Fakultät von Poitiers wird den Jesuiten anvertraut; zwei Professoren derselben sind Deutsche und fünf andere Italiener. Die Lyoner Universität nimmt ab seit dem Tode von Mgr. Genouillac. Man zieht sich alle erdenkliche Mühe, damit er die bedeutende Diözese von Lyon einem Bischof anvertraue, welcher den Bruder des Herzogs von Broglie zu seinem Generalvikar nehmen würde. Die Brüder von Saint Victor wollen in Clignancourt, nicht weit von der Kirche des heiligen Herzens auf Montmartre, eine unentgeltliche Elementarschule errichten. Andererseits fordert man die Gläubigen auf, die Subskription für die allgemeine katholische Buchhandlung zu ergänzen.“ „Bien Public“ schließt aus allem dem, daß die Trennung der Kirche vom Staat einer der Hauptpunkte des Programms der republikanischen Kandidaten werden müsse.

Die „Semaine financière“ schreibt:

Fast in allen französischen und auswärtigen Blättern ist davon zu lesen, daß der Rhoëive mit Herrn v. Lefèvre als Vertreter der Suezgesellschaft über eine Operation unterhandelt, vermöge deren der Egypten noch zustehende Anteil von 15 p.C. am Gewinn des Unternehmens an die genannte Gesellschaft übergehen soll. Diese Abtretung soll den Charakter eines Verlaufs auf Option haben und der Preis soll 50 Millionen betragen. Wie in dem Geschäft mit den Suezalisten, würde der abtretende Theil dem Ersteher eine Verzinsung leisten. Über den Charakter der Operation sind die englischen Blätter mit den unsrigen nicht einig. Die „Times“ sagte gestern, es handle sich um ein einfaches Darlehen von 50 Millionen gegen 9 p.C. Zinsen, für welche jener Gewinnanteil von 15 p.C. als Bürgschaft dienen sollte. Bis jetzt ist unseres Wissens kein Vertrag zwischen dem Rhoëive und der Gesellschaft abgeschlossen worden. Bei näherer Betrachtung kann man auch leicht erkennen, daß die Nachricht, wenigstens in der vorliegenden Form, nicht eben wahrscheinlich ist. Der Gewinnanteil von 15 p.C., um welchen es sich handelt, entspricht 1500 Gründeranteilen, deren jeder tatsächlich jetzt 14.000 Fr. wert ist, so daß sie 1500 Anteile einen Wert von 21 Millionen hätten. Es scheint kaum glaublich, daß die Gesellschaft sich bereit finden sollte, statt 21 Millionen 50 Millionen zu bezahlen. Da mit sich ein solcher Vorschlag nur mit 6 p.C. verzinsen sollte, müßten die Einnahmen des Kanals um 20 Millionen steigen und den Betrag von 50 Millionen erreichen. Wenn also wirklich eine so hohe Summe in Frage kommen soll, muß es sich noch um etwas Anderes handeln. Die englische Presse ist noch unwahrscheinlicher, wie die „Times“ selbst ins Licht stellt, indem sie sagt: „Die Operation, über welche Herr v. Lefèvre unterhandelt, würde der englischen Regierung für den Fall, daß sie ihre Eigentumsrechte an den Kanal vermeiden wollte, gestatten, die Rechte des Rhoëive zurückzufaßt; wahrscheinlich hat auch das Geschäft nur deshalb diese Form angenommen, weil man hofft, daß England so verfahren werde.“ Danach sollte also die Suezgesellschaft 50 Millionen opfern, um England in die Hände zu bringen. Mußt die „Times“ der Eichgläubigkeit ihrer Leser nicht zuviel zu?

London, 31. Dezember. Dem pariser Korrespondenten des „Daily Telegraph“ ist es gelungen, Herrn Thiers einer Interview zu unterziehen und über verschiedene Gegenstände seine Ansicht zu erfahren. Herr Thiers findet es zwar natürlich, wenn sich die Franzosen durch den Ankauf der Suezkanalaktien seitens der englischen Regierung etwas gekränkt fühlen, einen Widerstand gegen das Geschäft aber würde er für ebenso absurd halten, als wenn man englischen Kapitalisten verhindern wollte, französische Eisenbahntickets zu kaufen. Thiers teilte dem Korrespondenten auch mit, wie er sich bei den kommenden Wahlen zu verhalten gedenke, und benutzte die Gelegenheit, um wieder in Bezug auf die konservative Republik auszusprechen. — Einem On dit folge hatte Mr. Disraeli dem Baron Lionel von Rothschild die Pairswürde verleihen wollen. Sie wurde dem Millionär auch angeboten, aber die daran geknüpfte Bedingung, daß er aus dem Geschäft seines Hauses treten sollte, bewog ihn, die ihm zugedachte hohe Ehre abzulehnen.

Petersburg, 1. Januar. Am 31. (russisch: 19) Dezember sind

grade 50 Jahre verflossen seit der Kaiser zum Chef seines Pawlowischen Garderegiments ernannt wurde. Über die Ernennung sowie über die späteren Beziehungen des Kaisers zu diesem Regiment bringt der „R. I.“ heute u. A. folgende, der Geschichte des Regiments entnommene Mitteilungen.

Vor einem halben Jahrzehnt, am 19. Dezember 1825, als der Filialadjutant Oberst Kubasow dasselbe kommandierte, hatte das Pawlowische Regiment die Wache im Winterpalais. An diesem denkwürdigen und vom Regiment stets hochgeehrten Tage rief der in Gott ruhende Kaiser Nikolai Pawlowitsch am Abend den Großfürsten Thronfolger, jetzt regierender Kaiser Alexander Nikolajewitsch, in sein Kabinett und eröffnete demselben, daß er ihm zum Chef des Pawlowischen Garderegiments ernne. Gleichzeitig befahl der Kaiser dem Grafen Ostermann Toftot, Seine Hoheit zur inneren Wache zu geleiten und das Regiment zu der Ernennung zu beglückwünschen.

Ein halbes Jahr später stand der Großfürst Thronfolger zum ersten Mal in der Fronte des Regiments. Am 8. Juli 1826 nahmen das 2. und 3. Bataillon des Pawlowischen Regiments den Marschern bei Krasnoje-Selo Theil. Als Kaiser Nikolai bei den Marschern eintraf, fuhr er den siebenjährigen Chef bei der 2. Grenadierkompanie in die Fronte des zum Karié mitzirkelnden 2. Bataillons und blieb der letztere während des ganzen Marsches in der Fronte. Am 17. April 1834 erreichte der Großfürst Thronfolger das Alter von 16 Jahren und am 22. April wurde seine Volljährigkeit gefeiert. Bei dieser Gelegenheit leistete Seine Kaiserliche Hoheit als Ehe des Thrones den Eid in der Kirche des Winterpalais und darauf im Georgsaal den Dienst. Der erste Zug der Kompanie Seiner Hoheit vom Pawlowischen Garderegiment nahm an der Parade Theil und die Fahnen des Regiments waren im Verein mit den Fahnen und Standarden der übrigen Regimenter an den Stufen des Thrones aufgestellt. Am 17. April 1841, dem Tage der feierlichen Vermählung des Großfürsten Thronfolgers, gab das Pawlowische Garderegiment in der Stärke einer ganzen Kompanie die Wache. Am 26. August 1856, dem Krönungstage Seiner Majestät, bildete die ganze Kompanie Sr. Majestät die Hauptwache und darübernahmen je ein Unteroffizier und zwei Gemeine von jeder Kompanie, zu einem besondern Zug formirt, an der Krönungszeremonie Theil. Gegenwärtig zählen von Mitgliedern der kaiserlichen Familie zum Pawlowischen Garderegiment der Großfürst Thronfolger als zweiter Chef derselben, der Großfürst Paul Alexandrowitsch und der erstgeborene Sohn des Großfürsten Thronfolgers Großfürst Nikolai Alexandrowitsch.

Der nach Montenegro bestimmte Sanitäts-Train ist am 2. Dezember Abends wohlbehalten in Wien angekommen. Die Weiterreise nach Triest sollte Donnerstag den 30. erfolgen.

Petersburg, 1. Januar. Die angestrebte Trockenlegung der vielen Sümpfe im Kreise St. Petersburg ist trotz des geringen Gefäßes des Gegend zweifellos ausführbar, da überall verwendbare Flüsse und Bäche in der Nähe der Sümpfe vorliegen. Die Entwässerungsanlagen müssen nicht unmittelbar ins Meer geleitet werden, so besonders im Lachischen Sumpf, obgleich derselbe dem Meere bis 300 Faden nahe kommt. Die Entwässerungen des Bodens haben die Nothwendigkeit ergeben, die Entwässerung nach Süren zu, also in die Tschernaja Rettscha und mittels derselben in die Newa zu leiten, und der natürliche Neigung des Sumpfes zu folgen. Die Arbeit wird darin bestehen, die Tschernaja auszureinigen und das Wasser der Seen, die die Sumpfzone bewirken und höher liegen als der Boden des Flußbettes, in die sie abzuleiten. Außerdem wäre gelegenlich leicht ein Entwässerungssystem anzulegen, das in dieser Gegend gerade von besonderem Nutzen für Gemüse und Gartenbau sein würde. Der Sumpf selbst wäre unter Moorflur zu legen. So würde sich der Lachische Moormoor in Ackerland und Heufladung verwandeln. — Über den Verlauf der geplanten Sitzung des Ministerkonsells, in welcher, wie schon gemeldet, die südliche Richtung der sibirischen Bahn definitiv bestätigt wurde, hört die „Pet. Z.“ noch, daß als erster Redner der Minister der Kommunikationen, Admiral Bosset, für die nördliche Linie die Bahn eingetreten ist; er blieb jedoch der einzige Vertheidiger derselben denn die folgenden Redner, der Reichskontrolleur Abalo, die Minister Walnys, Reutern und M. S. Litvin traten mit voller Entschiedenheit für die südliche Linie in die Schranken, welche auch schon im Mai die Allerbüste Genehmigung erhalten haben würde, hätte nicht zu dieser Zeit Admiral Bosset in einem besondern Promemoria die nördliche Linie neben der jetzt bestätigten in Vorschlag gebracht.

Warschau, 1. Januar. Unsere letzte Mitteilung über die Stromregulirung der Weichsel und die Schiffsbarmachung der Wasserstraßen können wir jetzt durch die Nachricht ergänzen, daß auch unser Landstraßen und Chausseen, die sich in einem sehr elenden Zustand befinden, einer gründlichen Besserung unterzogen werden sollen. Das Ministerium des Verkehrs hat eine Kommission ernannt, die sich dem gedachten Zweck hierher begeben soll. Es ist zu hoffen, daß die selbe dem Unfang der Beamten ein Ende machen wird, welche die angeworfenen Summen nicht zum Bau neuer Chausseen und Besserung der alten verwenden, sondern das Geld lieber in die eigene Taschen stecken lassen.

## Salz-Produktion und Konsumtion des Großherzogthums Posen im Vorjahre.

Die Provinz Posen besitzt nur eine Staatsaline im Hauptamtsbezirk Strzelcza, in welcher das Salz durch Einsieden des gefärbten Soole hergestellt wird. Die produzierte Salzmenge betrug im Vorjahr 18936 Ztr. Siedsalz; davon wurden versteuert 40.274 Ztr. mit 80.48 Thaler (61 Thaler dienten für die private Rechnung abgelassen). Salz freigeschrieben denaturiert sind 37.426 Ztr., nach dem deutlichen Sollabiente wurden versteuert 44.653 Ztr. und nach dem Sollabiente 66.571 Ztr. (Rückland). In weiteren Produkten wurden noch gewonnen 92 Ztr. Mutterlauge und 7536 Ztr. Pfannenstein, von welchen 1272 Ztr. denaturiert und 1951 Ztr. undenaturiert zur Verwendung kamen. Das Salzwerk im Großherzogthum datirt aus neuester Zeit denn das Erzeugnis an Salz-Produkten aller Art betrug im Jahre 1872 nur 121 Zentner, 1873: 18.252 Zentner und 1874: 197.564 Zentner. — In 1875 sind nach ohngefähr Schätzung und über 300.000 Ztr. Salzprodukte gewonnen worden. Außer der oben nachgewiesenen Produktion von 197.564 Ztr. belief sich der nachweisbare Salzbezug auf 451.237 Ztr., so daß der Bezug im 253.673 Ztr. größer war als die Produktion. Der Verbrauch des Speisessalzes pro Kopf der Bevölkerung belief sich in den drei letzten Jahren durchschnittlich auf 15.3 Pfund, was eine Steuerquote von 9 Sar gleichkommt. — Im verflossenen Jahre hat sich im Großherzogthum der Salzfuß auf 10.660 und die Salzsteuer auf 689.698 Thlr. gestellt. Was den Salzhandel betrifft, so gewährt der Staat dem ein großes Maß mehrfach Begünstigungen, die darin bestehen, daß ein 3 monatlicher Zoll und Steuerkredit gewährt wird, welche den Salzhändler der Nothwendigkeit überhebt, die Steuer längere Zeit vor der tatsächlichen Verbrauch des Salzes vorzuziehen; außerdem ist die Errichtung unverpolter Salzniederlagen gestattet. Die Provinz Posen läßt im Vorjahr 63 Kreditnehmer mit einer Kreditnahme von 312.250 Thlr. Der Verkaufspreis des Salzes ist im Detailhandel in den letzten Jahren nicht verändert und beläuft sich auf 1 Sar. pro Pfund. — Hinsichtlich der Verwendung von Salz zu steuerfreien Zwecken ist zu bemerken, daß an 2179 Empfängern 37.413 Ztr. Biebzalz und 3235 Ztr. Pfannenstein abgegeben worden sind. Ferner hat ein Seifenbrillant 100 Ztr. Pfannenstein, 300 Ztr. Sternsalz und 100 Ztr. Pfannenstein zu einer Bereitstellung steuerfrei abgelassen.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Deutsche Eisenbahn-Kursbuch für die Provinzen Preußen, Westfalen und Pommern; von Hermann Smarlan, Danzig, Verlag von A. W. Kastenmann — ist ein sicherlich den reisenden Einwohnern unserer Provinz sehr willkommenes Taschenbuchchen, dessen Wohlfeilheit — Preis 30 Pfennige — die weiteste Verbreitung erträgt. Die wichtigsten Bestimmungen des Betriebs-Reglements, ein Stationskatalog, die Anschlüsse nach den größten Städten Deutschlands und des übrigen Europa, endlich 27 Spezial-Fahrscheine bilden den reichhaltigen Inhalt des kleinen Kompendiums, dessen übersichtliche Ordnung eine schnelle Orientierung erleichtert.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Ein großes Fallissement, von welchem an der Berliner Börse schon am 3. Januar angedeutungen vorgetragen waren, ist am 4. definitiv deklariert worden. Die fallende Firma ist das große Bier-Kommissions- und Gerberei-Geschäft Müller u. Naumann. Die Summe der Passiva wird auf ca. 900,000 Thaler angenommen. Das Fallissement erregt um so größere Sensation, als bekannt ist, daß die Inhaber der Firma großen Gewinn aus Lieferungen gezeigt haben, die ihnen während des Krieges übertragen waren. Unter Andern gilt als konstatiert, daß die Lieferung der Eckschwanz allein dem Mitinhaber der Firma, Müller, ca. eine Viertel Million Thaler Neingewinn eingebracht hat. Die Grundstücke, welche vor Jahrzehnten in den Besitz der Firmeninhaber zu den damals sehr niedrigen Preisen gelangt waren, haben inzwischen den mehr als zehnfachen Wert erlangt. Wenn gleichwohl die Beziehungen der Firma sich so verwickeleten, daß der Zusammenbruch nicht zu vermeiden war, so ist die Ursache ausschließlich in einer möglichen Überbelastung ihrer Kräfte bei Bier- und Grundstück-Spekulationen zu suchen. Die aus letzteren hervorgegangenen Verbindlichkeiten waren durch häufig wiederholte Wechselprolongationen nicht unbeträchtlich gestiegen worden. Die der Firma gehörigen bedeutenden Grundstücke in der Stadt und Umgegend, namentlich auch die zur Gerberei in Moabit gehörigen, sind schon längst überbürdet. Von biefigen Häusern sind hauptsächlich drei große Bankinstitute beheiligt, einige derselben jedoch durch erste Hypotheken auf Berliner Grundstücke vollständig gedeckt. Auch ein namhaftes Privat-Bankgeschäft interessiert mit einer ungewöhnlichen Forderung. Von den erwähnten Banken ist die Centralbank für Industrie und Handel nur mit ca. 25—30,000 Thlr. beheiligt, jedoch durch die Unterschriften der durch die Wechsel-Mitverpflichteten gedekt. Die Thüringer Bank besitzt die ersten Hypotheken auf Grundstücken der Kritikare, Hypotheken, die eine Forderung noch um ca. 14,000 Thlr. übersteigende zweifellose Deckung repräsentieren. Verluste sind mi hin für diese Institute nicht zu fürchten.

\*\* Wirtschaftliches aus Russland. Petersburg, 29. Dez. Unter den vielen inneren Angelegenheiten sozialen und ökonomischen Inhalts, denen unsere Presse ihre Aufmerksamkeit widmet, steht obenan die über die südlichen Distrikte Russlands bereingebrochene wirtschaftliche Krisis, die, wie man mit Recht fürchtet, nicht so bald — und wenn überhaupt — nur durch radikale Mittel zu beheilen sein wird. Die große Masse der protestirten Wechsel in den Städten, wie in Odessa, in Rostow am Don, in Kiew u. c., die Substationen der vielen in den verschiedenen Landbanken verpfändeten Güter und Häuser, die Veränderung der nächstjährigen Ernte seitens der Landwirthe sprechen nur zu deutlich für die kritische Lage, in der sich gerade der Süden Russlands befindet. Die Privatbanken, welche Filialen in Odessa besitzen, wie die moskauer Handelsbank, die neuw. Kommerzienbank werden mit dem Schluß d. J. ihre Geschäfte dort liquidiren. Die odessaeer Filiale der Reichsbank, wo die Summe der protestirten Wechsel im laufenden Jahre auf eine Million Rubel gestiegen, soll ebenfalls die Absicht haben, ihre Discontooperationen einzustellen. Es ist natürlich, daß den Banken kein Vorwurf daraus gemacht werden kann, wenn sie durch Einschränkung des Kredits sich vor Verlusten zu wahren suchen, aber die ökonomische und finanzielle Krisis wird dadurch nur an Intensität gewinnen. Ist auch die finanzielle Kalamität, an der der Süden Russlands laboriert, zur Zeit noch lokaler Natur, so kann nur eine energische Prävention seitens des Staates eine Ausdehnung derselben verhindern. Ein glänzender Punkt in dem düstern Bilde unserer ökonomischen Lage ist der Bericht des Reichskontrolleurs über die Ausführung des Budgets vom Jahre 1874. Die budgetmäßigen Einnahmen bezeichneten sich auf 539 851,656 Ro., die Ausgabe auf 536 683,836 Ro.; nach diesen Voranschlägen hätten die Einnahmen des Staates die Ausgaben derselben um 3 167 820 Ro. überstiegen. In Wirklichkeit betrugen die Einnahmen 557,733,591 Ro., während die Ausgaben sich auf 545,8 Millionen Ro. beliefen, so daß ein Überschuss von 14,8 Millionen Ro. erzielt werden konnte.

\*\* Wien, 4. Januar. Das Minus der Karl-Ludwigsbahn-Einnahme betrug in der Woche vom 24. bis 30. Dezember der entsprechenden Woche des Vorjahres gegenüber 65,078 fl., nicht 55,078 fl.

\*\* New York, 3. Januar. Die Staatschuld der Vereinigten Staaten hat sich im Monat Dezember v. J. um 1.615.000 Dollars vermehrt. Im Staatskasse befanden sich am Schlusse des Monats 7,982.400 Dollars in Gold und 1.111.700 Dollars in Papiergeb.

\*\* Wien, 4. Januar. Die Unterhandlungen der serbischen Regierung mit einer wiener Finanzgruppe wegen einer Anleihe von 25 Millionen Frs. sind noch nicht zum Abschluß gekommen, weil die betr. Gruppe vorerst die Abänderung mehrerer Bestimmungen des von der Stupinica in Belgrad beschlossenen Anleihengesetzes fordert.

\*\* Wien, 4. Januar. Ueber das Vermögen des türkischen Großhändlers Mat Asiel in Wien, sowie über die Agentur und Kommissionsfirma Josef Hofbauer wurde heute Konkurs eröffnet.

\*\* Wien, 4. Januar. Die Nordbahn zeigt an, daß mit dem 1. Januar 1876 ein direkter Güterverkehr zwischen den Elbe- und Wienerhöfen einerseits und den österreichisch-ungarischen Stationen andererseits unterliegende Tarife für Holz und Getreide eingeführt werden. — Die Eisenbahn tarifreform in Oesterreich soll am 1. Juli c. in Kraft treten, weshalb das Abgeordnetenhaus den heut. Gesetzentwurf gleich nach den Ferien in Berathung ziehen wird.

\*\* Rom, 4. Januar. Der italienischen Regierung ist seitens der schweizerischen die Ergänzung-Stipulation über den Bau der Gotthardbahn mitgeteilt worden, wonach die Arbeiten am 1. Januar 1880 vollendet sein müssen.

## Vermischtes.

\* Die Anwendung der Brieftauben zur Vermittelung von Depeschen bei Kriegszeiten im letzten Kriege genugsam vorgetragen. Mittelst mikroskopischer Photographic war man bisher im Stande auf einem 5 Qu. Centimeter großen Papierblättchen 5000 Depeschen à zwanzig Worte herzustellen. Dieses Blättchen wurde in einem Rößchen an den Schweiffedern der Taube befestigt. Die Verkleinerung der Originaldepeschen geschah 500 Mal, und wurden diese Depeschen dann wieder, unter Anwendung elektrischen Lichtes, durch die magische Laterne 500 Mal vergrößert. Da jedoch im Felde derartige Apparate und die dazu nötigen Ateliers sich nicht immer anwenden lassen so ist eine, von einem russischen Oberst Komako gemachte Erfindung, als zweckentsprechend zu bezeichnen. Diese Erfindung erstreckt sich auf einen photographischen Apparat, der in Form und Dimension einem gewöhnlichen Tornister gleicht. Dabei nimmt derselbe ein vollständiges photographisches Laboratorium und Chemikalien für sechs Monate auf. Der Apparat vergrößert laut der „Volkszeit.“ 2300 Mal, und geschieht dies durch ein Objektiv, das nur 6 mm. Durchmesser hat. Die Aufnahme, sowie die Reflexion der Depeschen kann bei Tage sowie bei Nacht geschehen, unter Benutzung

gleicher Art von Beleuchtungsmaterial. Der Apparat ist für den Gebrauch im Felde deshalb sehr geeignet, und sind die im Juni dieses Jahres in Wien erfolgten eingehenden Proben völlig zufriedenstellend ausgefallen.

\* Ein Tag aus dem Leben eines Steuer-Exekutors. In May-Karly sollte eine Bäuerin wegen einer kleinen Steuerschuld exquirirt werden. Die Manipulation war jedoch keine leichte, denn untere Bäuerin pflanzte sich mit einem Wallhöfe in der Hand vor der Thüre des Zimmers auf und erklärte den Steuer-Exekutoren sie werden mit dem ihnen gelegten Instrumente nähere Bekanntschaft machen, wenn sie es wagen sollten, die Schelle zu überschreiten. Nach einigen Gewagungen, ob's edler im Gemüse, einen Kontakt mit dem Wallholze auszuweichen oder nicht, gelangte der Exekutionsleiter in dem heitrichen Einfallschloß, sich für das Vaterland zu opfern. Ein Hagle wohlappellierter Hiebe lohnte seine Opferfreudigkeit. Ein zweites Exekutions-Orgen folgte dem glänzenden Beispiel — mit nicht geringerem Erfolge. Allem widerstande zum Trost gelang es ihnen nur ein Federbett hinauszutragen. Als die erbitterte Frau sah, daß ihr Anlämpfen vergeblich war, blieb ein wilder, rachsüchtiger Gedanke in ihr auf; sie ergriff ein Messer und stürzte — auf das Federbett, es mit einem Schnitte von oben bis unten aufschlitzend, so daß die Federn in alle Winde flogen.

\* London. [Ein deutscher Riesenkarper.] Mr. Frank Bullens, der bekannte Zoologe, schreibt in dem von ihm redigierten „Land and Water“: „Ich habe einen sehr wertvollen Beitrag für mein Museum in der Gestalt eines höchst prächtigen Riesenkarpers, der größte, den ich zu sehen das Vergnügen hatte, erhalten. Er wurde mir höchst gültig von Lord Arthur Russell, Parlamentsmitglied für Tavistock, der, wie wir alle wissen, das größte Interesse für die praktische Fischartkultur besitzt, überbracht. Dieser Karper hat folgende Geißelte: „In Berlin giebt es einen Fischhändler, welcher sich ansbesonders auf Karpen im Gewicht bis zu 3 Pfund zu stützen. Lord Udo Russell, der britische Botschafter in Berlin, gab diesem Manne eine Orlie für einen großen Karpen. Nachdem er einige Zeit gewartet, produzierte der Mann das Exemplar, welches Lord Arthur mir überbracht hat. Die lange Reise von Berlin legte er sorgfältig verpackt in einem Korb zurück. Er war bewundernswürdig erhalten und ein wenig Kohlensäure erfrischte ihn bald. Dieser prächtvolle Fisch wiegt nicht weniger als 27 Pfund, er misst 2 Fuß 10 Zoll in der Länge und 1 Fuß 11 Zoll im Umfang. Sein Kopf ist wie der eines großen Schweins und sein Rücken wie der eines Hippopotamos. Der größte Karpenabzug in meinem Museum stammt von einem Fisch, welcher 21 Pfund wog. Einige sehr alte Karpen befinden sich im Park von Windsor. In Western-Hall, Staffordsire, dem Palais des Earls von Bradford, befindet sich ein Gemälde von einem Karper, welcher 19½ Pfund wog, so daß Lord D. Russells deutscher Riesenkarper, wie ich glaube, der größte ist, den die moderne Zeit kennt. Ich werde natürlich Abgüsse von diesem prächtigen Fische anfertigen und dann in Lord D. Russells Namen den Fisch dem Professor Slaver für das Royal College of Surgeons zum Geschenk machen. Die Gräten des Fisches sind sehr fest und weiß und der Fische wird ein prachtvolles Skelett abgeben.“

\* Dampfer-Untergang. Bei Lloyds ist die Nachricht von dem Untergange des Dampfers „Glenly“ eingegangen. Derselbe erfolgte, wie es scheint, auf einer Reise von Shanghai via Amoy, nach Siam, wo das Schiff auf einer Klippe strandete und 10 Minuten später sank. Der Kapitän und der vierter Matrozin sowie ein Theil der Mannschaft und Passagiere, lebte alle schwimmen, ertranken. Die Zahl der geretteten Passagiere ist nicht bekannt, da einige von Fischerbooten gerettet und in verschiedenen Häfen an der Küste gelandet wurden; aber einer ungefähren Schätzung nach sind mindestens 20 umgekommen. Das Schiff ist als total verloren zu betrachten. Außer einer großen Ladung Reis hatte es 8000 Dollars in Kontanten an Bord.

Berantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Posen. Für das folgende Übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

Haag, 3. Januar. Nach einer hier eingegangenen offiziellen De- pêche aus Aichin vom 26. v. M. haben die holländischen Truppen ihre Operationen dafelbst wieder aufgenommen. Eine Kolonne derselben hat mit geringen eigenen Verlusten die Aichinesen aus ihrer Stellung bei Wibourw geworfen; zwei andere Kolonnen setzten die Operationen fort; die Verluste auf Seiten der Aichinesen sollen beträchtlich sein.

Brüssel, 4. Januar. Nach einer dem „Echo du Parlement“ von dem Bürgermeister von Louvrière zugegangenen telegraphischen Mitteilung ist die Nachricht, daß unter den dortigen Kohlengrubenarbeitern Unruhen ausgebrochen seien, unbegründet.

London, 4. Januar. Der bisherige Bizekönig und General-Gouverneur von Britisch-Indien, Lord Northbrook, hat, einer Meldung aus Kalkutta zufolge, sein Amt niedergelegt; an seiner Stelle ist Lord Lytton zum Bizekönig ernannt worden. — Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus New York über den Inhalt der von der amerikanischen Regierung wegen Kubas an die europäischen Mächte gerichteten Note gemeldet, daß in derselben eine Vereinigung Kubas und Portoricos unter einem spanischen Generalgouverneur in Vorschlag gebracht worden sei. — Nach einer der „Wall Street Gazette“ zugegangenen Meldung hat der egyptische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Nubar Pascha, seine Demission gegeben und der Scheide diese angenommen.

London, 5. Januar. Die Demission Lord Northbrooks und die Ernennung Lord Lyttons an seiner Statt zum Bizekönig von Indien, wird offiziell bestätigt. Der Bankier Antonie Rothschild ist heute gestorben. Aus Kairo wird gemeldet, daß der auswärtige Minister Nubar Pascha wegen Ernennung Naghebs zum Handelsminister und Trennung beider Ministerien, deren Vereinigung er für notwendig hielt, seine Demission gab. Cherif Pascha ist zum Minister des Auswärtigen ernannt.

## Mengeformene Fremde

5. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Schneid u. Tochter a. Broch, Gebr. Heyne a. Danzig, Klumke a. Podolin, Hauptmann v. Seeling a. Glogau, die Oberlehrer Reimer und Hartel a. Schönemühl, Beamter Ströhler a. Berlin, die Kaufleute Schmal a. Lütitz, Grünwald a. Mainz, Skaruppa a. Hörster.

GRAND HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Weißerst. a. Gnesen, Toboll a. Schröda, Graf Dajiki a. Krakow, v. Palizsinski a. Gembic, Fürst Sulikowski a. Riesen, Frau v. Skaruppa a. Chelkowo, Propst Flieger a. Barrienka.

BUCHOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Rogalla v. Bieberstein a. Bielkowo, v. Balzrewski u. Sohn a. Zabno, v. Morawietz a. Naramowice, Rechtsanwalt Siegenfeld a. Breslau, die Kaufleute Bogel a. Lübeck, Wiener a. Breslau, Hübner a. Görlitz, Andersch a. Köln, Weinberg a. Koblenz, Müller a. Groß-Schönau, Heimann a. Bremen, General-Agent Martini a. Elberfeld.

## Telegraphische Hörsenberichte.

Breslau, 4. Januar. Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus v. 100 Liter 100 % pr. Januar-Februar 41,00, pr. April-Mai 44,30, pr. Mai-Juni 45,00. Weizen pr. April-Mai 186,00 Roggen pr. Januar 144,00, pr. April-Mai 149,00 pr. Mai-Juni 152,50, Rübbel pr. Januar 64,00, pr. April-Mai 65,00, pr. Mai-Juni —. Brot fest.

Köln, 4. Januar. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt) Mehl matt, hiesiger loco 20,00 fremder loco 20,50 pr. März 20,25, pr. Mai 20,85. Roggen fest, hiesiger loco 16,00 pr. März 14,60, pr. Mai 15,15. Hafer fest, loco 18,00 pr. März 17,60. Rübbel matt, loco 37,20 pr. Mai 36,50. — Wetter: trocken.

Bremen, 3. Januar. Getreideum (Schlußbericht). Weizen white loco 11,80, pr. Januar 11,75, pr. Februar 11,95, pr. März 11,85 bei. Schrot fest.

Hamburg, 4. Januar. Nachmittags (Getreidemarkt). Weizen fest, am Termine behaupt. Roggen loco flau, auf Termine ruhig. Weizen pr. Jan. 202 Br., 200 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Rlo 208 Br., 207 Gd. Roggen pr. Januar 148 Br., 146 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Rlo 154 Br., 153 Gd. Hafer fest. Gerste fest. Rübbel fest, loco 71, pr. Mai pr. 200 Rlo 70,5%. Spiritus matt, pr. Januar 34, pr. Februar-März 34%, pr. April-Mai 36, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 Et. 37. Kaffee ruhig, Umfaß 3000 Sac. — Petroleum fest, Standard white loco 12,35 Br., 12,30 Gd., pr. Januar 12,20 Gd., pr. Januar-März 12,00 Gd. — Wetter: Frost.

Antwerpen, 3. Januar. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen ruhig, dänischer 27%. Roggen matt, Odessa 17%. Hafer unverändert, schwedischer 22. Gerste behauptet.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinerie. Type weiß, loco 29% fest, 29½ Br., pr. Januar 29½ Et., pr. Februar 29½ Et., pr. Januar-April 29½ Br. Steigend.

Amsterdam, 4. Januar. Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, auf Termine flauer, pr. März 284, per Mai 185 pr. Juli —. Raps pr. Frühjahr 41 Gd. Rübbel loco 40, per Mai 39½, pr. Herbst 39%. — Wetter: Trübe.

Paris, 4. Januar. Nachmittags. (Produktionsmarkt). (Schlußbericht.) Weizen unverändert, pr. Januar 25,75, pr. Januar-Februar 26,00, pr. März-April 26,50, pr. März-Juni 27,50. Mehl fest, pr. Januar 57,00, pr. Januar-Februar 57,25, pr. Januar-April 58,00, pr. März-Juni 59,75. Rübbel träge, pr. Januar 88,00, pr. Januar-April 89,00, pr. Mai-August 86,00. Spiritus matt, pr. Januar 42,50, pr. Mai-August 47,00.

Glasgow, 4. Januar. Röbenen. Wires numbers warrans 64 Et. 9 d.

Liverpool, 4. Januar. Vormittags. Baumwolle. Anfangsbericht. Wollmässiger Umfaß 10,000 Ballen. Gefragt. Tagesimport 63,000 Ballen, davon 54,000 B. amer. 2000 B. ostindische.

Liverpool, 4. Januar. Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht): Umfaß 10,000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Unverändert, Ankünfte eher williger.

Middling Orieans 7%, middling amerikan. 6½%, fair Dholla 4%, midd. Dhollera 4, fair Bengal 4%, fair Broad 5¼, new fair Dorcas 4%, good fair Domra 5½, fair Madras 4%, fair Bernam 7%, fair Sabrina 6%, fair Egyptian 7%

Uiland nicht unter loco middling Dezember-Befüllung 6½% d.

Manchester, 4. Januar. Nachmittags. 12r Water Arnside 7%, 12r Water Taylor 8½, 20r Water Micholls 10, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11½, 40r Water Mayoll 11½, 40r Media Willington 12%, 36r Warwicks Qualität Rowland 12%, 40r Double Weston 12%, 60r Double Weston 16 Brunn 12%, 8½ Pfd. 117. Mäßiges Geschäft, Preise fest beauptet.

London, 3. Januar. Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Zutubren seit letztem Montag: Weizen 15,260, Hafer 15,120 Otrs.

Weizen unverändert, angekommene Ladungen desgleichen. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft stetig. — Wetter: Nebel.

## Produkten-Börse.

Berlin, 4. Januar. Wind: S. Barometer 28,3. Thermometer — 3 R. Witterung: bedeckt.

Weizen loco pr. 1000 Kilogr. 175—220 Rm. nach Dual. gef. selber per diesen Monat 197,50—197,5. Jan.-Febr. —, April-Mai 205,50—205,5. Mai-Juni 209—208,50 Rm. — Roggen loco der 1000 Kilogr. 145—161 Rm. nach Dual. gef. russ. 146—147,50, polnisch 148—151,

Geschäftslos.

Kreisburger 81, 60. do. jüng. — Oberschles. 143, 00. R. Ober-  
W.-St. A. 105, 00. do. do. Prioritäten 109, 00. Franzosen 529, 00. Bom-  
berden 104, 00. Silberrente 65, 75. Nummer 27, 75. Breslauer  
Disconto 67, 75. do. Hesslerbank 64, 75. Söhl. Bank 85, 00.  
Kreditkarten 346, 00. Lurahütte 70, 00. Oberöster Eisenbahnen.  
Österreich. Bank 178, 30. Russ. Banknoten 264, 00. Söhl. Berlin-  
Bank 89, 50. Deutsche Bank. — Breslauer Breslauer-  
Bank 85, 00. Schlesische Centralbahn. — Bresl Delf. —

## Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M. 4 Januar. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.  
Nicht fest, aber wenig belebt.

(Schlusskurse) Londoner Wechsel 203, 20. Pariser Wechsel 80, 95. Wien-  
Wechsel 177, 90. Franzosen\*) 265%. Böh. Wechsel. — Lombard-  
bank 101%. Gösler 182%. Elisabethbahn 147%. Körnungswechsel 126%.  
Kreditkarten 173%. Russ. Boden 86, 50. Russ. Eisenbahn 1872 99, 50. Silber-  
rente 65%. Papierrente 61%. 1860er Loos 116, 50. 1864er Loos 112, 00.  
296, 80. Amerikaner 1860 100%. Deut.-österreich. 89% Berliner  
Bankverein. — Frankfurter Bankverein. — do. Wechselkurs 75%.  
Verkäufen 768, 00. Weininger Bank 80. Hahn'sche Effektenbank  
— Darmstädter Bank. — Hess. Ludwigsb. 98%. Oberhessen 72, 50.  
Nach Schluss der Börse: Kreditkarten 174%, Franzosen 266%,  
Lombarden 101%, 1860er Loos. —

\*) per medio resp. per ultimo.

Berlin, 4. Januar. Die fremden Börsen waren sich gestern im  
Guten der hier herrschenden Festigkeit an eins offen; auch der heutige  
Verkehr eröffnete ziemlich fest, aus den meisten Gebieten sogar über  
dem Schlusse der gestrigen Börse, welche auf den vorzugsartigen Gebeten eine  
starke Abschwächung zeigte. Doch feierte heute überall Anrengung;  
alle die Momente, welche man bisher für eine Besserung geltend  
machte, die Ausgabe der ungarischen Rentenariehe und verschiedene  
Prioritäts-Anleihen, der Geldzufluss zur Böse durch den Januar-Kupon  
und andere Thatsachen übten wenig Einfluss. Beimehr schien bereits  
die Verkaufsstimmung, welche wir schon gestern als in die bevorstehend vor-  
aussehenden, ins Uebergewicht gesommen zu sein; allerdinns dachte man  
gerade nicht daran, Bugeftanisse zu machen; doch die Kaufstimmung geriet  
schnell vollständig ins Stocken und der Verkehr erlahmte auf allen

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 4 Januar 1876.

## Preußische Fonds und Geld-

## Course.

Consol. Anleihe 4, 50 105, 25 bz

Staats-Anleihe 4, 50 99, 40 bz

Staats-Schuld. 3, 50 91, 50 bz

Kurr. u. Nrn. Sch. 3, 50 93, 00 G

Ob. Reichs-Obl. 4, 50 101, 50 bz

Berl. Stadt-Obl. 4, 50 101, 50 bz B

do. do. 3, 50 98, 80 bz G

Rheinprovinz do. 4, 50 102, 00 bz B

Schuld. d. B. Kfm. 5, 00 100, 50 B

Pfandbriefe:

Berliner 4, 50 101, 60 B

do. 5, 00 105, 50 bz

Landich. Central 4, 50 90, 00 bz

Kur. u. Neumärk. 3, 50 86, 00 bz

do. neue 3, 50 84, 00 bz

do. 4, 50 94, 00 bz G

do. neue 4, 50 102, 20 bz B

7. Brandbg. Cred. 4, 50 94, 00 bz G

Ostpreußische 3, 50 84, 70 bz G

do. 4, 50 94, 75 bz G

do. 4, 50 101, 00 bz

Pommersche 3, 50 83, 80 bz

do. 4, 50 93, 75 bz G

do. 4, 50 102, 25 bz G

Posensche, neue 4, 50 93, 60 G

Sächsische 4, 50 93, 25 bz

Schlesische 3, 50 93, 25 bz

do. alte A. u. C. 4, 50

do. A. u. C. 4, 50

Westpr. ritterisch. 3, 50 83, 50 bz

do. 4, 50 93, 75 bz

do. 4, 50 100, 70 bz

do. II. Serie 5, 00 105, 75 bz G

do. neue 4, 50 95, 50 bz

do. 4, 50 100, 20 bz

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4, 50 95, 25 bz

Pommersche 4, 50 95, 50 bz

Posensche 4, 50 96, 10 bz

Preußische 4, 50 95, 50 bz

Rhein. u. Westfäl. 4, 50 98, 00 G

Sächsische 4, 50 97, 75 bz

Schlesische 4, 50 96, 00

Souvereigns 20, 28 G

Napoleonsb'dr 16, 15 bz

do. 500 Gr.

Dollars

Imperials 16, 65 G

do. 500 Gr.

Fremde Banknot.

do. einföls. Leipz.

Franzöf. Banknot.

Deßt. Banknot. 177, 95 bz

do. Silbergulden 183, 25 bz

do. ½ Stunde 265, 00 bz

Russ. Noten 265, 00 bz

## Ausländische Fonds.

Amerik. ref. 1881 6 103, 30 G

do. do. 1885 6 98, 50 bz G

do. Bds. (fund.) 5 99, 50 bz

Norweg. Anl. 4, 50 98, 00 B

New Yrl. Std. A 7 102, 00 bz

do. Goldanal. 6 99, 10 bz

New Jersey 7 91, 90 B

Dept. Pap. Rente 4, 50 61, 60 bz

do. Silb. Rente 4, 50 66, 00 bz G

do. 250 fl. 1854 4 106, 00 bz G

do. Pott. A. 1860 5 116, 25 bz G

do. v. 1864 5 294, 90 G

do. do. 1864 5 171, 90 B

do. Schuf. 1 6 94, 50 bz

do. do. kleine 6 94, 70 bz

do. do. II. 6 93, 20 bz B

do. do. 1864 5 72, 40 bz G

do. do. 1864 5 100, 60 B

do. do. Actien 6 499, 00 G

Rümäni. 8 105, 00 bz

Russ. Nicol. Obl. 4 99, 50 bz

do. Centr. Bds. 5 91, 40 B

do. Engl. A. 1822 5 100, 50 bz G

do. A. v. 1862 5 98, 40 bz

do. Intern. Bank 3 68, 25 bz

Russ. Landwirthsch. 4 101, 00 bz

Prov. Bank 4 95, 75 B

do. Bod. Credit 4, 50 92, 60 bz G

do. Centralboden. 4 118, 00 bz

do. Hyp. Spiel. 4 121, 00 bz G

Product. Handelsbank 4 85, 75 bz

Provinz. Gewerbe 4 30, 00 B

Ritterch. Privatbank 4 121, 50 bz

do. Wechselbank 4 82, 50 B

Sächsische Bank 4 118, 50 bz

do. Bankverein 4 92, 25 bz

do. Creditbank 4 83, 75 bz

Schaffhausen Bank 4 74, 50 bz

Schles. Bankverein 4 85, 25 bz

Schles. Vereinsbank 4 89, 30 B

Südd. Bodencredit 4 112, 00 B

Thüringische Bank 4 77, 50 bz G

do. do. v. 1864 5 45, 00 bz B

Vereinsbank Quistorpfr. 10, 00 B

\*) Wechsel-Course.

Deutsche Fonds.

P. A. v. 50 a 100 th. 3, 50 129, 00 bz G

Hess. Pr. &amp; Co. 40 th. 257, 80 G

Bad. Pr. A. v. 67 4 20, 70 bz

do. 351 Obligat. 142, 00 bz

Bair. Pr. &amp; Ant. 4 122, 75 bz

Bresl. 20th. 2 84, 00 bz

Brem. Ant. v. 1874 4 108, 00 bz G

Görl. Md. Pr. A. 3, 50 117, 25 bz G

Dess. Pr. Ant. 3, 50 118, 00 bz G

Goth. Pr. Pfdr. 5 107, 25 bz G

Hb. Pr. A. v. 1866 3, 50 171, 00 bz G

Lübeck. Pr. Ant. 3, 50 173, 00 B

Meißl. Eisenbch. 3, 50 89, 75 bz B

Meining. Röste 2, 50 20, 50 B

do. Pr. Pfdr. 4 100, 50 B

Oldenburg. Röste 3, 50 135, 00 B

D. G. E. B. Pf. 110, 5 101, 50 G

do. do. 4, 50 94, 70 bz G

Dtsch. Hypoth. unf. 5 100, 75 bz

do. do. 4, 50 95, 75 bz

Nied. Griec. h. A. 5, 00 100, 90 bz G

do. Hyp. Pfdr. 5 101, 50 bz G

Pomm. h. B. I. 120 5 104, 25 G

do. II. IV. rz. 110 5 101, 25 bz

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank 4 101, 50 G

Bl. f. Rheinl. Weißf. 4 63, 50 G

Bl. f. Sprit. u. Pr. h. 4 61, 50 bz G

Berliner Bankverein 4 73, 50 bz G

do. Comm. B. Sec 4 66, 25 G

do. Handels Ges. 4 92, 25 bz

do. Kassen-Verein 4 170, 00 B

Dörf. A. Lit. A. 4 68, 00 bz B

Phönix B. A. Lit. A. 4 50, 25 G